Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 2 (1961)

Heft: 23

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

den, während ihn Chruschtschew 1956 abschaffte und auf die «gesellschaftliche» Ebene verwies.

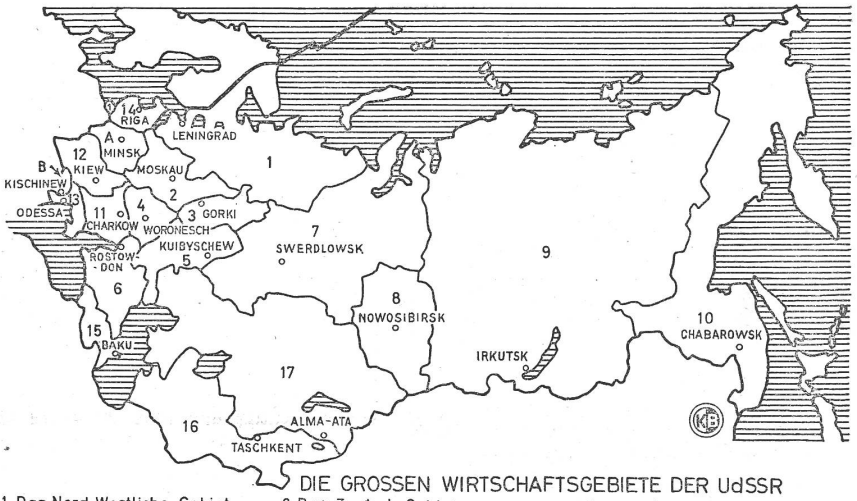
Seither ist die Arbeitspflicht dadurch wieder verschärft worden, als überhaupt der Begriff der Arbeit umdefiniert wurde, ein Prozess, der noch nicht abgeschlossen ist. Nur jene Tätigkeit wird als Arbeit anerkannt, welche zur Erfüllung der Planaufgaben dient. Jetzt wird die allgemeine Arbeitspflicht in dem Sinn ergänzt, dass die Pflicht zu einer bestimmten Arbeitsart besteht. Damit wird der dialektischen Willkür freie Hand gegeben, je nach den Forderungen des gerade laufenden Planes, diese oder jene Arbeitsart zu verlangen. Was vor ein paar Jahren Arbeit war, ist heute «Spekulation» oder «Parasitentätigkeit». Besonders betroffen wird heute die gesamte Leistung der Nebenwirtschaften, die Chruschtschew abschaffen möchte (KB Nr. 2). Haushaltarbeit der Frauen wird heute im Zeitalter der Totalkollektivierung als «unproduktiv» erklärt; bereits erfolgt eine gesellschaftliche Kampagne gegen die Haushaltstätigkeit als Verletzung der allgemeinen Arbeitspflicht, und eine strafrechtliche Verfolgung dieses «Tatbestandes» ist in nicht allzuweiter Zukunft möglich. Nicht nur verpönt, sondern bereits verfolgt werden Vermittlungsgeschäfte im Rahmen des Kollektivs und anderes «privates Unternehmertum» unter dem Deckmantel von Staat oder Kooperative». Die Tendenz geht eindeutig auf die Unterbindung jeder Privatinitiative.

c) Das Kündigungsrecht des Arbeitnehmers war von Stalin 1940 abgeschafft, von Chruschtschew 1956 wieder eingeführt worden. War der eigenmächtige Fortgang eines Werktätigen von seinem Arbeitsplatz vor 1956 noch ein Strafbestandteil, so unterliegt er jetzt nur noch gesellschaftlichen Sanktionen. Jetzt wird ein Arbeiter, der seinen Arbeitsplatz verlassen will, deswegen nicht vor Gericht gestellt werden, sondern wird vielleicht nur nach den sibirischen oder kasachischen Gebieten «umgesiedelt», eine unter Chruschtschew beliebt gewordene Praxis (KB Nr. 18), die sich etwa durch Entzug der Aufenthaltsbewilligung und der Aufnötigung (Staatsbürgerversammlung) von Arbeitsverträgen durchführen lässt. Der Arbeitgeber kann seinerseits im Unterschied zur stalinistischen Regelung nicht mehr nach Belieben künden. Der Arbeiter kann nämlich gegen den Beschluss bei einer Kommission rekurieren, die aus den Mitgliedern der gleichen Organisationen (Gewerkschaften, Arbeiterräte, Betriebsleitung) besteht, die seine Entlassung aus «Produktionsgründen» durchgedrückt haben.

d) Die von Stalin eingeführte Versetzung ohne Einverständnis des betreffenden Werktätigen wurde 1956 ebenfalls abgeschafft. Der Arbeiter kann gegen die vorgesehene Versetzung protestieren, und eine Schlichtungskommission überprüft den Fall. Sie setzt sich zur Hälfte aus Delegierten der Betriebsleitung und der Gewerkschaft zusammen.

Die Arbeitszeitverkürzung

ist 1959 vom Zentralkomitee der Partei und vom Zentralrat der Gewerkschaften beschlossen worden. Bis Ende des Siebenjahresplanes (1965) soll die Arbeitszeit auf wöchentlich 35 Stunden herabgesetzt werden. Als Ersatz hat Chruschtschew die vermehrte freiwillige Aufbauarbeit gefunden, die ihrer Freiwilligkeit wegen unbezahlt wird. Die Beschlüsse zu dieser freiwilligen Arbeit werden kollektiv gefasst, und zwar meist aus Anlass kommunistischer Feier- oder Gedenktage, Parteikongresse und dergleichen, wo die Verweigerung der zusätzlichen Arbeit einer negativen politischen Meinungsäusserung gleichkäme. Chruschtschew hat die Erweiterung dieser Arbeit wegen dem «fortgeschrittenen Aufbau des Kommunismus» für nötig erklärt. Die Nichterfüllung der gesellschaftlichen Arbeit kommt vor den Gesellschaftsgerichten zur Sprache, die als «Erziehung zum sozialistischen Bewusstsein» Deportationen bis zu fünf Jahren verhängen können. Das liegt ganz im Rahmen der Chruschtschewschen Politik, die den «Normen der kommunistischen Moral» (d. h. der Parteiwillkür) den Rechtsnormen gegenüber eine ständig zunehmende Rolle einräumt. Zur gleichen Tendenz (die noch lange nicht ihr Endstadium erreicht hat) gehört die Errichtung der sogenannten «kommunistischen Arbeitskollektive» (Arbeitsbrigaden, Organisation von Betriebsbelegschaften zu einer ausserbetrieblichen, völlig «ehrenamtlichen» Arbeit. Zusammenfassung von Quartier- oder Ortsbevölkerung zu bestimmten «Aktionen» nach der Arbeitszeit). Schliesslich kommt die stets weiter fortschreitende Kollektivierung der Freizeit hinzu, wobei man ebenfalls zu gemeinschaftlichem Genuss der Freizeit angehalten werden kann. In der Sowjetunion wird nicht die Arbeitszeit verkürzt, sondern nur die unbezahlte.



DIE GROSSEN WIRTSCHAFTSGEBIETE DER UdSSR

1. Das Nord-Westliche-Gebiet
2. Das Zentral-Gebiet
3. Wolga-Wjatka-Gebiet
4. Zentral-Schwarzerde-Gebiet
5. Wolga-Gebiet
6. Nord-Kaukasus-Gebiet
7. Ural-Gebiet
8. Westsibirien
9. Ost-Sibirien
10. Fern-Ost-Gebiet
11. Donez-Dnjepr-Gebiet
12. Süd-West-Gebiet
13. Süd-Gebiet
14. West-Gebiet
15. Transkaukasisches Gebiet
16. Mittelasiatisches Gebiet
17. Gebiet der SSR von Kasachstan

Als wirtschaftliche Administrativgebiete verbleiben:
A) Weissrussische SSR
B) Moldauische SSR

Wirtschaft und Politik

UdSSR

Neue Grenzen gegen Lokalpatriotismus

Eine Neueinteilung der UdSSR nach «Grossen Wirtschaftsgebieten» gibt der gesamten Union eine von den politischen Grenzen unabhängigere Verwaltungsstruktur und ist als wichtiger Schritt in Richtung auf die Aufhebung des föderativen Aufbaus im Rahmen der Sowjetrepubliken zu verstehen.

Die Umgestaltung erfolgt gleichzeitig mit einer vorläufig noch vorsichtig formulierten Kampagne gegen den föderativen Gedanken, die immer deutlicher die Tendenz zum Unionszentralismus erkennen lässt (siehe KB Nr. 17, Meldungen von morgen). Die Karte mit der Darstellung der neuen wirtschaftlichen Verwaltungsgrenzen erschien am 28. Mai in der «Ekonomitscheskaja Gasjeta» mit der Ankündigung oder Forderung neuer Volkswirtschaftspläne (die sogenannten Gospläne, die auf den verschiedenen Ebenen — UdSSR, Republiken, politischen und wirtschaftlichen Gebieten — von besonderen Kommissionen ausgearbeitet werden) gemäss der abgeänderten territorialen Struktur. «Die Ausarbeitung der Pläne und insbesondere der Perspektivpläne (programmatische Planung auf lange Sicht), die Entwicklung und Erweiterung der Produktion in den grossen Wirtschaftsgebieten», so heisst es wörtlich, «sind die wirksamsten Mittel zur Verwirklichung der rationellen territorialen Arbeitsteilung und *zur Bekämpfung verschiedener Arten von Lokalpatriotismus.*» Somit wird die zunächst ökonomische Massnahme schon in diesem ersten Stadium selbst von offizieller Seite durch politische Motive mitbegründet. Das bedeutet Kampf der völkischen Eigenständigkeit, Lösung der Nationalitätenfrage durch Gleichschaltung und Verwaltungsteilung nach rein wirtschafts-administrativen Gesichtspunkten im Gegensatz zum verfassungsmässig anerkannten föderativen Aufbau der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

Am Bestehen dieser Tendenz (selbstverständlich handelt es sich noch nicht um ein deklariertes Programm) ändert nichts, dass erstens die Aufteilung der Union in Wirtschaftsgebiete schon früher bestand und dass zweitens die neue Grenzsetzung auf die Struktur der einzelnen Republiken

weitgehend (nicht durchwegs) Rücksicht nimmt.

Die Idee zur Einteilung des Staates in Wirtschaftsterritorien stammt noch von Lenin, der in seinem GOELRO-Plan die ökonomische Verwaltung der Union in acht grossen Gebieten vorsah. Eine Realisation des Gedankens bestand seit dem dritten Fünfjahresplan (1938 bis 1942), als die UdSSR in 13 grosse Wirtschaftsgebiete eingeteilt wurde.

Die jetzige Umgestaltung vermehrt die Anzahl der Wirtschaftsterritorien (lediglich die Weissrussische SSR und die Moldauische SSR werden von der Einteilung nicht berücksichtigt und verbleiben als Republiken zugleich auch selbständige administrative Wirtschaftsgebiete) auf 17. Der grosse Unterschied gegenüber der bisherigen Regelung besteht aber in der Schematisierung der Grenzsetzung, womit die reine Verwaltungsgliederung einen deutlichen Triumph über die föderative Struktur erringt. Die Einwohnerzahl der bisherigen Wirtschaftsgebiete schwankte zwischen 3 und 45 Millionen; jetzt wird keines der ökonomischen Territorien mehr als 25 Millionen Einwohner (grösstenteils zwischen 8 und 14 Millionen) zählen. Bisher umfasste ein Wirtschaftsgebiet maximal 24 wirtschaftliche Administrativbezirke, die jetzige Untereinteilung sieht höchstens 12 solcher Bezirke pro Gebiet vor.

Das Verhältnis der neuen Wirtschaftsgebiete zu den 15 Republiken kann aus der Karte erkannt werden. Die Russische Republik (RSFSR) ist in zehn Gebiete unterteilt (Zahlen 1 bis 10), wobei Ostpreussen noch zum «Nordwestlichen Gebiet» (mit Zentrum Leningrad) geschlagen wurde, da der Bezirk Königsberg auch politisch zur RSFSR gehört. Die Ukraine ist dreifach (Zahlen 11 bis 13) unterteilt worden, während Kasachstan (17) mit seinem Neulandgebiet als eine Verwaltungseinheit erscheint.

Die verbleibenden drei Territorien sind Westgebiet (14) umfasst nebst etwas weissrussischem Territorium die baltischen Staaten Lettland, Litauen, Estland. Transkaukasien (15) wird von den Republiken Aserbeidschan, Georgien und Armenien gebildet, und Mittelasien (16) vereinigt Usbekistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Kirgisien.

Keine Koordination

Laut der Gesetzgebung von 1957 sollte die sowjetische Wirtschaft dezentralisiert werden, um die Produktion zu verbilligen und zu beschleunigen. In den vergangenen drei Jahren ist aber auf diesem Gebiet wenig Konkretes geschehen, besonders was die gegenseitige Lieferung gleicher Waren zwischen den einzelnen Unionsrepubliken betrifft. So lieferte die Russische Unionsrepublik im Jahre 1959 insgesamt 26 475 Tonnen Gusseisen, 80 659 Tonnen Stahlguss und 34 579 Tonnen Stanzen an die Fabriken der Ukrainischen Unionsrepublik und bezog von dort zur selben Zeit ebenfalls die gleichen Waren sowie 32 775 Tonnen Gusseisen, 24 276 Tonnen Stahlguss und 8561 Tonnen Stanzen. Daraus ergaben sich — wie nun festgestellt wurde — überflüssige Transportkosten und erhebliche Zeitverluste. Im allgemeinen spielen die Transportkosten in der sowjetischen Wirtschaft eine bedeutende Rolle. So müssen die Kohlenlieferungen durchschnittlich 800 km, die Schwarzmetalle 1134 km und 40 Prozent von ihnen sogar 2000 km zurücklegen. Noch schlimmer steht es mit den Maschinen, die durchschnittlich 1700 km bis zum Bestimmungsort haben. Die Maschinenproduktion von Sibirien und Kasachstan ist für die Investitionen in Mittelrussland bestimmt, wogegen sie ihren eigenen Bedarf von den gleichen Maschinen aus den europäischen Unionsrepubliken deckten.

Religion und Kultur

China

Konfuzius-Verehrung

«Während des Ching-Ming-Festes, dem Tag, welcher der Totenehrung gewidmet ist, besuchten Anfang April dieses Jahres 20 000 Personen den Tempel von Kung Fu-tse.»

So berichtet die chinesische Agentur Hsin Hua über grosse Pilgerzüge, die nach dem alten Wallfahrtsort in der ostchinesischen Provinz Shantung stattfinden. Der grosse vorchristliche Philosoph, dessen Lehren die chinesische Weltanschauung und religiöse Empfindung prägten, geniesst demnach in China heute noch grosse Verehrung, denn der Massenbesuch seines Geburtsortes Kutow (Kütu) mit «Haus, Tempel und Grab» an einem Gedenktag, diente sicher nicht der blossen Besichtigung dessen, was «Hsin Hua» eine «bedeutsame historische Stätte» nennt.

Dass Peking sein nationales Bewusstsein auf kulturellem Gebiet durchaus mit den altchinesischen Errungenschaften und Traditionen verbindet (siehe KB, Nr. 17) erklärt auch, dass es sich das Regime angelegen sein liess, die konfuzianischen Kultstätten zu restaurieren. Eine Sonderkommission ist bereits seit 1949 mit der

Hispaniola, die gefährdete karibische Insel

Haiti

(Republique d'Haiti).

Staats- und Regierungsform: Präsidiale Republik. Parlament und Senat und Abgeordnetenhaus. Die Parlamentarier werden für Sechsjahresperioden gewählt.

Staatsoberhaupt und Regierungschef: Präsident François Duvalier, der durch umstrittene Wahlen 1957 an die Macht gelangte. Seine Regierungsweise ist diktatorisch.

Wahlberechtigt alle über 20 Jahre alten Bürger. Keine Wehrpflicht (Duvalier unterhält ein starkes Polizeikorps).

Kein freies Parteiwesen.

Einwohnerzahl: 3 510 000. Bevölkerung: Rund 95 Prozent Neger, ausserdem Mulatten. Die etwa 2000 Weissen sind mit den Trägern der politischen Macht nicht identisch (Duvalier ist Neger).

Staatssprache: Französisch (als einziges Land des Kontinents). Religion: Römisch-katholisch, doch steht die Kirche in gespanntem Verhältnis zum Regime.

Hauptstadt: Port au Prince.

Export: Kaffee, was aber als Wirtschaftsgrundlage nicht ausreicht. Die Bevölkerung ist sehr arm. Amerikanische Hilfsgelder wurden zum Teil (zweckwidrig (Ausbau des innenpolitischen Machtapparates) verwendet.

Mitgliedschaft: Uno, OAS.

Dominikanische Republik

Staats- und Regierungsform: Präsidiale Republik. Parlament aus Senat und Deputiertenkammer (Mitglieder auf fünf Jahre gewählt). Wahlberechtigt alle über 18 Jahre alten Männer. Wehrpflicht (ein Jahr Dienst).

Staatsoberhaupt und Regierungschef: Joacquin Videla Balaguer. Praktisch lag alle Macht beim kürzlich ermordeten Generalissimus Rafael Leonidas Trujillo y Molina, dessen «Partido Dominicano» im Einparteiensystem herrschte. Nach seinem Tod übernahm sein Sohn den militärischen Oberbefehl.

Nach der Niederschlagung einer Revolte im Januar des letzten Jahres kam es zu diplomatischen Zwischenfällen mit Venezuela, die eine Verurteilung der Dominikanischen Republik durch die OAS nach sich zog. Die abgebrochenen diplomatischen Beziehungen mit den Vereinigten Staaten scheint Trujillos Sohn wieder herstellen zu wollen.

Einwohnerzahl: 3 Millionen.

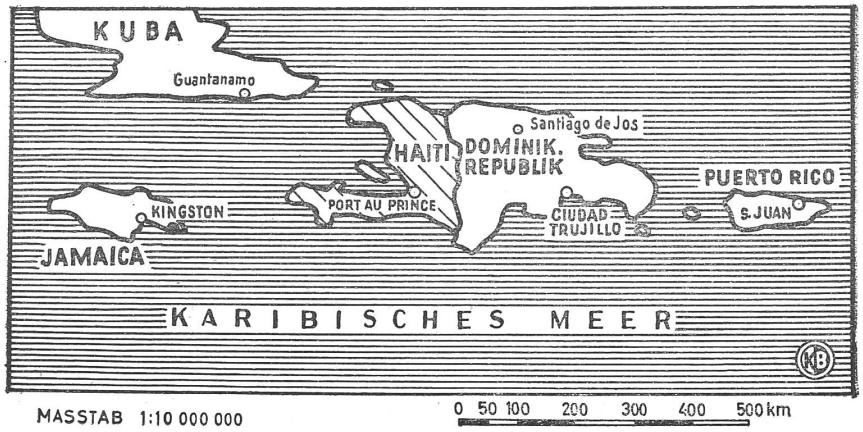
Bevölkerung: Zwei Drittel Mulatten und andere Mischlinge, etwa 12 Prozent Neger. Ein Achtel Weisse, meist Spanier.

Staatssprache: Spanisch.

Religion: Römisch-katholisch.

Hauptstadt: Ciudad Trujillo.

Export: Zucker, Kaffee, Kakao.



Erhaltung dieser Denkmäler am Geburtsort des «chinesischen Denkers und Lehrers» betraut. Allerdings will die Regierung dies als Denkmalpflege verstanden wissen, verhindert aber eine religiös-weltanschauliche Interpretation bei der Bevölkerung nicht, oder doch nicht direkt. Mao will, dass sich die alten Traditionen dank der unablässigen kommunistischen Umerziehung allmählich ihrer geistigen Bedeutung entledigen und zu blossen Kulturbetrachtungen werden. Zudem ist die alte chinesische Religiosität nicht mit einer organisierten Kirche zu vergleichen, die seinem System ein konkretes Widerstandsprogramm entgegensetzen könnte.

Diesem Verhalten des maoistischen Regimes entspricht auch die Förderung, die es zahlreichen altchinesischen Kultur- und Kunstformen angedeihen lässt. Gegenwärtig werden beispielsweise Anstrengungen unternommen, um alte musikalische Mysterien und «seltene Tempelmusik», die in Vergessenheit geraten waren, zu veröffentlichen und auszuführen. Wie sich der chinesischen Presse entnehmen lässt, werden diese Werke umgearbeitet und die verschiedenen Stile «neu belebt und verbessert». Dabei scheint es durchaus denkbar, dass es sich weniger um den Versuch handelt, die überlieferten Formen dem kommunistischen Geist anzupassen, als vielmehr um das soweit genuine Bestreben, sie der Allgemeinheit leichter zugänglich zu machen. Mao weiss, dass das Volk an der hergebrachten Kultur hängt und sieht keinen Grund, gegen ihren formalen Ausdruck vorzugehen. Ueberdies weiss er sie als eine Kraft des chinesischen Nationalbewusstseins zu schätzen, das er den Hegemonieansprüchen Moskaus entgegensetzen will.

Partei

Bitte recht demokratisch

«Einige Genossen (des Partei- und Regierungskaders in den Landwirtschaftlichen Volkskommunen) lassen den demokratischen Arbeitsstil vermissen. Sie führen die Massen nicht auf Grund von Forschung und Untersuchung, sie halten vor gemeinsamen Entscheidungen der Kommunenmitglieder keine Diskussionen ab.»

Diese Kritik an die verantwortlichen Parteikader auf dem Lande erhebt die Pekinger Zeitung «Yen Minh Zhi Pao». Sie geht sogar soweit, von den KP-Vertretern, welche mit der Leitung der Agrarkommunen betraut sind, zu verlangen, dass sie Kenntnisse der landwirtschaftlichen Produktion und ihrer Organisation, ja Fachwissen besitzen sollen. Die schweren Versorgungsrückschläge haben das Regime immerhin belehrt, dass selbst auswendig gelernte kommunistische Prinzipien noch nicht unbedingt den Ernteertrag garantieren. Man will die Bauern, die in den ersten zwei Jahren nach der durchgeführten Kommunisierung ihre ganze Erfahrung den Weisungen lediglich theoretisch geschulter Parteifunktionäre hatten opfern müssen, jetzt wenigstens soweit mitreden lassen, als die Produktion davon profitiert.

Aber die «Demokratisierung» bleibt im wesentlichen Pose. Die Partei will nämlich keineswegs auf ihre absolute Anordnungsgewalt verzichten, sondern lediglich psychologisch so vorgehen, dass sie die Bevölkerung zu besserer Mitarbeit anhalten kann. Der Entscheidungsanspruch der KP in allen Fragen des Produktionsprozesses soll sogar noch wesentlich ausgebaut werden. «Für jedes Kader ist nicht allein ein fester proletarischer Standpunkt wichtig, sondern ebensosehr die Fähigkeit zur gewissenhaften und umfassenden Durchführung der von der Partei festgelegten Politik und ihrer verschiedenen Massnahmen.» Dementsprechend werden die Genossen zur «Erreichung einer gesteigerten Leistung» aufgefordert, ihr eigenes ideologisches und politisches Niveau zu steigern.

Noch fehle es zu häufig am Verständnis für die von Partei und Regierung bestimmte Grundpolitik. Der Unterschied zwischen Sozialismus und Kommunismus, zwischen sozialistischem Kollektiveigentum und sozialistischem Eigentum des ganzen Volkes (d. h. Staatseigentum; aber wenn man aus wohlweislichen Gründen auf die klare Formulierung verzichtet, ist die Begriffsunklarheit auch weniger verwunderlich) oder zwischen dem Eigentumssystem mit der Produktionsbrigade als Grundeinheit einerseits und dem Prinzip des Leistungslohnes anderseits — all diese Unterschiede seien noch zuwenig bekannt.

Aber wenn die kommunistischen Wirtschaftstheorien für die Produktion schon wichtig sind, so sind es erst recht die ideologischen Grundsätze: «Das Grundlegendste der Ausbildung besteht darin, die Kader mit dem Standpunkt, der Auffassung und den Methoden des Marxismus-Leninismus vertraut zu machen, so dass sie bei der Behandlung ihrer Probleme das Mao Tsetungsche Denken und die Parteipolitik als Leitprinzip anwenden.» Anzuwenden ist also der Marxismus-Leninismus, wie ihn Mao sich gedacht hat — eine recht sehenswerte dialektische Abwicklung.

Wenn sich aus diesen Forderungen ein Schluss ziehen lässt, so ist es der, dass die mehrfach verkündete Rückkehr Maos zu einer freiheitlichen Landwirtschaftsproduktion jedenfalls nur als taktische Massnahme zu verstehen ist. Die Strategie der Partei-Allgewalt über die gesamte Produktion wird — vielleicht mit etwas andern Mitteln — verstärkt fortgesetzt.

Erziehung

SBZ

Die Obergeschulten

Sind die sowjetzonalen Oberschüler zu dumm oder zu gescheit? Ihnen fehlt, so stellt das Berliner Parteiorgan «Neues Deutschland» fest, die Fähigkeit, Zusammenhänge sinnvoll und logisch darzustellen. Ferner mangelt es den Absolventen der Oberschulen (gleich Mittelschulen) an Wissen um die Geschichte und um die gesellschaftliche Entwicklung der Zeiten. Haben sich die Oberschüler die Frage gestellt, was derjenige mit der Fähigkeit zur Darstellung von Zusammenhängen und mit dem Wissen um die gesellschaftliche Entwicklung in der SBZ davon hat?

Dem scheint anderseits doch nicht so, denn das KP-Organ beklagt sich gleichzeitig, dass die Maturanden weder Orthographie noch Grammatik beherrschten. Selbst Absolventen mit befriedigenden und besseren Noten verstünden es nicht, sich folgerichtig und ansprechend auszudrücken.

Selbstverständlich erwähnt «Neues Deutschland» die Frage allfälliger politischer Vorsicht bei der Schülerschaft nicht. Indirekt aber lässt der Artikel erkennen, dass sich die Frage bei der Lehrerschaft (oder Schulleitung) zu stellen scheint. Denn diese weicht bei der Behandlung des Lehrstoffes offensichtlich den Geisteswissenschaften aus, um sich auf die weniger verfänglichen Naturwissenschaften zu konzentrieren. Diese Einseitigkeit steht im Mittelpunkt der recht interessanten Zeitungskritik, die sich nämlich damit verhüllt gegen die polytechnische Schule wendet, die als Prototyp einer fortschrittlichen Erziehungsinstitution im ganzen Ostraum gefördert wird.

Die Klage, dass bei der gegenwärtigen Vernachlässigung von Literatur, Fremdsprachen und Geschichte kaum eine befriedigende Hochschulreife erlangt werde, wird ziemlich deutlich ausgesprochen. Neben dem Ruf nach besserer Allgemeinbildung, der echt klingt, ist allerdings auch die konkrete Aufforderung zur Verbesserung des Russisch-Unterrichtes aufschlussreich. War vielleicht gar dieser Punkt Anlass zu den grundsätzlichen Klagen?

Aussenbeziehungen

Sowjetunion

«Blinde Kuh- Schweizer»

Der Schweizer spielt in der Weltpolitik «Blinde Kuh», weil er die sowjetische Wirklichkeit nicht sehen will. Seine freiwillige Augenbinde wird dazu führen, dass er sich die Nase zerschlägt und sich etliche Beulen holt.

Das ist die These, die B. Leontjew, Korrespondent der «Literaturnaja Gasjeta» in seinem langen «Schweizer Tagebuch» aufstellt, das die literarische Wochenzeitung in zwei Fortsetzungen veröffentlichte.

Während der zweite Teil heftige Angriffe gegen die Schweizer Regierung enthält, ihre Mitwirkung am Kalten Krieg, ihre verlogene Neutralitätspolitik im Dienste der Nato, ihre scheinheilige Propaganda im Ausland und namentlich bei den Völkern der Entwicklungsgebiete, befasst sich der erste Teil in aller Ausführlichkeit mit der irregeleiteten öffentlichen Meinung in der Schweiz.

Der Schweizer, insbesondere aber der Deutschschweizer, ist nach dieser Darstellung von einer kaum zu überbietenden Beschränktheit, da er sich allem verschliesst, was aus der UdSSR kommt. Die sowjetische Literatur sei ihm völlig unbekannt, sowjetische Filme seien durchwegs verboten, und selbst Ballettaufführungen würden ihm in Zürich aus blinder Angst vor der kommunistischen Propaganda vorenthalten.

Freilich ist der einfache Schweizer laut «Literaturnaja Gasjeta» nicht selbst schuld, sondern in erster Linie die Vertreter der öffentlichen Meinung, die sich einer wütenden antikommunistischen Propaganda hingeben. Darin wetteifern vor allem folgende Zeitungen: Die Neue Zürcher Zeitung, Der Bund, Journal de Genève. Sie malen dem Leser das Schreckgespenst der kommunistischen Drohung mit Begriffen wie «sowjetischer Imperialismus», «Totalitarismus», «Verschwörungen». Hauptfrage ist überall der kommunistische «Schrecken» und die Frage seiner

Versorgung

Ungarn

Kein Fleisch

Mit der Kollektivierung hat sich seit Anfang 1960 die Fleischversorgung in Ungarn erheblich verschlechtert. In Budapest sieht man ständig lange Schlangen vor den staatlichen Fleischläden und in der Provinz ist die Lage noch schlimmer, da Fleisch, in beschränktem Masse, nur an Wochenenden erhältlich ist. Viele Ortschaften bekommen unter dem Vorwand, sie verfügten über keine entsprechenden Kühlräume, überhaupt keine Fleischzuteilung. Die Schwierigkeiten beziehen sich vor allem auf Schweinefleisch und Geflügel, da die übrigen Sorten viel weniger konsumiert werden. Diese Tatsache und da eine Besserung vorläufig nicht zu erhoffen ist, hat auch der Erste Parteisekretär, Jànos Kàdàr. in seiner jüngsten Rede (23. 5. 1961 in der «Csepel»-Autofabrik zugegeben: «Ich erkläre offen, dass die Lage in bezug auf das Schweinefleisch das ganze Jahr hindurch unverändert bleiben wird. Dieses Jahr können wir kaum etwas mehr Fleisch zur Verfügung stellen als letztes Jahr.» Nur für Geflügelfleisch konnte er für 1962 eine Besserung in Aussicht stellen. Es ist bezeichnend, dass die Knappheit Anfang 1960 eingesetzt hat, nachdem Ende 1959 die unabhängigen Bauernhöfe fast restlos kollektiviert worden waren.

Unbeachtet der inneren Mangelerscheinungen wurde der Export von Fleisch und lebenden Tieren weiter vorangetrieben. Mit diesen Waren werden vor allem Westimporte kompensiert.

Bekämpfung. «Die Falschmünzer», so schreibt Leontjew, «liefern saubere Arbeit auf dem hohen Berufsniveau der amerikanischen Schreibgangster. Sie bringen Auszüge und Verdrehungen aus der «Literaturnaja Gasjeta», der «Komsomolskaja Prawda» und weiterer unserer Presse-Erzeugnisse mit solchem Geschick, dass man sich wundert, wie sie aus Weissem Schwarzes zu machen verstehen.»

Aber der Literaturnaja-Korrespondent macht auf «Lichtstrahlen im Reiche der Dunkelheit» aufmerksam. Dem Schweizer geht das Licht der Wahrheit auf, wenn er etwa vom Fluge Gagarins hört, wenn er die kommende sowjetische und chinesische Konkurrenz auf dem Uhrenmarkt feststellen muss, vor allem aber, wenn er die Sowjetunion mit eigenen Augen sieht. Als Beweis wird das unerhörte Wagnis einer Moskaureise von sechs Schweizern im letzten Herbst angeführt, wobei der Leser durchaus den Eindruck erhält, dass dieses Sextett von allen Schweizern allein den Mut aufgebracht habe, sich in die Sowjetunion zu begeben. Diese sechs namentlich angeführten Männer (verschiedener politischer Provenienz) hätten sich, wie er, Leontjew, selber habe feststellen können, von der Friedensliebe des sowjetischen Volkes überzeugt. (Zur Frage steht im Westen die Friedensliebe der sowjetischen *Partei,* die sich offen für «Befreiungskriege», «regional beschränkte Kriege» und jegliche «Revolten und Aktionen» gegen nichtkommunistische Staaten einsetzt.)

Zum mindesten lässt Leontjew erkennen, dass es auch sowjetische «Schreibgangster» gibt.

Curriculum der Woche

KAZIMIERZ KOSZTIRKO

Neuer polnischer Generalstaatsanwalt. Schon kurz nach der Neuverteilung der Parlaments- und Räte-Mandate erfolgten auch Umbesetzungen im Justizwesen. In seiner ersten Sitzung genehmigte der Staatsrat den Rücktritt des Generalstaatsanwaltes Prof. A. Burda, «der sich vermehrt wissenschaftlichen Arbeiten widmen will.» Sein bisheriger Stellvertreter, Kosztirko, wurde neuer Amtsinhaber.

Geboren 1917. Nach Absolvierung eines Mittelschulstudiums leistete er Militärdienst und nahm auch am Septemberfeldzug von 1939 teil. Nach der Befreiung wirkte er als Bevollmächtigter des Nationalkomitees zur Nationalen Befreiung für Militärangelegenheiten, zunächst im Kreis Debica, darnach in der Rzeszower Wojewodschaft. 1946 wurde er Präsident der Spezialkommission für den Kampf gegen Wirtschaftsmissbräuche und Schädlingstätigkeit in der Stadt Rzeszow. In der gleichen Eigenschaft wurde er 1949 nach Krakau versetzt.

1950 beendete er seine juristischen Studien an der Universität Krakau und begann im gleichen Jahr seine Tätigkeit in der polnischen Staatsanwaltschaft als Departementsdirektor. 1951 und 1952 wirkte er als Oberster Staatsanwalt von Warschau. Seine Ernennung zum Stellvertreter des Generalstaatsanwaltes erfolgte 1955.

Kosztirko ist Mitglied der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, d. h. der KP («Zycie Warszawy», Warschau).

Gebrauchsterminologie im Osten

Kommunistische Arbeitsbrigaden

Errichtet durch einen Beschluss des Zentralkomitees der Komsomol vom 21. November 1958. In Erweiterung der Bewegung erfolgten in der UdSSR später die Gründungen «kommunistischer Betriebe und Städte». Die kommunistischen Arbeitskollektivs haben Produktions-, Bildungs- und Erziehungsaufgaben. Sie verpflichten zur Mehrproduktion, zur Erweiterung der Fachkenntnisse und zum kommunistischen Lebenswandel. Das Kollektiv soll nicht nur als Arbeitseinheit gelten, sondern wie ein Grosshaushalt zusammenleben. Die Mitglieder werden zu gegenseitiger Kontrolle und Kritik angehalten. Die Bewegung umfasste im Februar dieses Jahres 8,5 Millionen Personen.

In den Volksdemokratien werden sogenannte «sozialistische Arbeitsbrigaden» errichtet. Die Bewegung hat sich bisher nur in der CSSR stärker entwickelt, umfasst aber auch dort noch keine grösseren Arbeitseinheiten (Betrieb, Siedlungen).

Tagewerk

In den Volksdemokratien *Arbeitseinheit.* Leistungsnorm, die als Mass zur Verteilung des Kolchoseinkommens dient; im einzelnen schwankt die Regelung. Ein Tagewerk entspricht einer hundertprozentigen Arbeitsleistung von ein bis drei Tagen. Vom Reineinkommen der Kolchosen werden die verschiedenen Abzüge (vor allem für den «unteilbaren Kolchosfonds») vorgenommen, und der Rest wird mit der Zahl der geleisteten Tagewerke dividiert. Infolgedessen ist der Wert der Tagewerke je nach Kolchosen verschieden.

Gegenwärtig gehen die Kolchosen zunehmend auf das System der Geldentlöhnung (statt Produktionsanteil) über: monatlicher Lohnvorschuss und endgültige Verrechnung am Schluss des Wirtschaftsjahres.

Unteilbarer Kolchosfonds

Das Reineinkommen der Kolchosen wird auf einen teilbaren und einen unteilbaren Kolchosfonds aufgeteilt. Der erstere umfasst mehrere Teilfonds, wie Lohn-, Schul-, Kulturfonds usw. Zum unteilbaren Fonds gehören das Grossinventar, der Viehbestand, die allfällig dem Kolchos angegliederten Betriebe, die landwirtschaftlichen Gebäude usw. Die Abzweigungen des Reineinkommens in den unteilbaren Kolchosfonds betrugen bisher 15 bis 20 Prozent, sollen aber bis zum Ende des Siebenjahresplanes 1965 auf 30 oder (bei starken Kolchosen) gar auf 35 Prozent erhöht werden.

Der unteilbare Fonds ist ein Kolchoseigentum «höheren Niveaus». Wenn der Kolchos einem Sowchos (Staatsbetrieb) angeschlossen wird — was immer häufiger der Fall ist — wird der Fonds zum Staatseigentum. Auch der Fonds der Zwischenkolchosbetriebe (Zusammenschluss von Kolchosen, in straffer Form die «Grosskolchose») hat den Charakter eines unteilbaren Fonds. Der Kolchosbauer verliert also ungefähr einen Drittel seines Einkommens an den Staat.

Die Buchbesprechung

Otto Schiller:
Das Agrarsystem der Sowjetunion

Entwicklung seiner Struktur und Produktionsleistung. Arbeitsgemeinschaft für Ostforschung. Tübingen 1960. 172 Seiten.

Die Landwirtschaft hat für den Bolschewismus eine entscheidende Rolle gespielt, Indem der Kommunismus entgegen der Theorie in einem ausgesprochenen Agrarland und nicht in einem Industriestaat an die Macht gelangte, wurde das Problem der sofortigen Industrialisierung und parallel dazu auch einer entsprechenden Umwandlung der landwirtschaftlichen Verhältnisse in besonderer Schärfe gestellt.

Schiller ist einer der besten Sachverständigen der sowjetischen Landwirtschaft und stellt im vorliegenden Band das Agrarsystem auf knappe und anschauliche Weise dar. Im ersten Teil wird die Wandlung der Agrarverfassung bis 1959, im zweiten die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion behandelt. Ein statistischer Anhang, Tabellen im Text, Literaturverzeichnis.

Schiller führt die Kollektivierung der russischen Bauernschaft richtigerweise nicht auf die Industrialisierung, sondern auf die totalitäre Diktatur zurück, die sich dabei über unmenschliche Leiden der Bauernschaft hinweggesetzt hat. Trotzdem kann man nunmehr in der Sowjetunion daran denken, zur vollkollektivierten Landwirtschaft überzugehen. Die sowjetische Agrarkrise von 1960, die im Buche unberücksichtigt bleiben musste, verursacht höchstens einen Aufschub, aber keine Richtungsänderung mehr. Auch die bäuerliche Individualwirtschaft kann sich auf die Dauer nur erhalten, wenn sie in einem freiheitlichen System ständig neu regeneriert wird.

DER KLARE BLICK ist die Zeitschrift des Schweizerischen Ost-Instituts zur Beobachtung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung im Ostraum.

DER KLARE BLICK

14. Juni 1961

Weitere Veröffentlichungen des SOI: Informationsdienst, Wirtschaftsdienst, Freier Korresp.-Dienst, Schriftenreihe, Swiss Press Review and News Report.

Brief und Memo

Traktoren-Menschenhandel

R. F. in Wädenswil zu «Unsere Meinung», KB Nr. 21. *Die Castro-Erpressung ist scheusslich und gemahnt an mittelalterliche Zustände. In unserer rein materiell eingerichteten Gesellschaftsordnung ist ein solches Vorgehen kein Wunder.*

Ich glaube, dass in diesem Falle das Lösegeld bezahlt werden muss, dass aber Vorsorge getroffen werden muss, dass solche Situationen nicht mehr entstehen können.

Wozu das Eingehen auf die Erpressung vorerst nicht das überzeugendste Vorgehen darstellt. Immerhin wird man kaum umhin können, Ihnen in diesem Fall beizupflichten. Es ist das Perfide an Castros Forderungen, dass er sich die humanitären Prinzipien zunutze macht, die er selbst mit den Füssen tritt. «Wenn ihr das Lösegeld nicht bezahlt, werdet ihr den Tod eures Kindes auf dem Gewissen haben», so ungefähr lauten ja die Erpresserbriefe von Kidnappern an die Eltern.

Bei Castro ist nicht nur die Präzedenzfrage gestellt; die 500 Traktoren dienen der Stärkung seiner Macht, die gegen die freie Welt gerichtet ist. «Insofern Chruschtschew und sein karibischer Kumpan sich in der Absicht einig sind, uns einzulochen, kommen 500 Bulldozer sicher gelegen», schrieb ein Leser einer amerikanischen Zeitschrift. Und in einer andern Zuschrift hiess es: «Wenn 500 Traktoren 1200 Kubaner auslösen, dann mag ein Atomunterseeboot oder zwei die Amerikaner aus chinesischen Gefängnissen zu befreien, und für 100 B-58 (Bomber) werden die ostdeutschen Behörden vielleicht einwilligen, 10 000 unzufriedenen Bürgern einen Freipass nach dem Westen zu geben.»

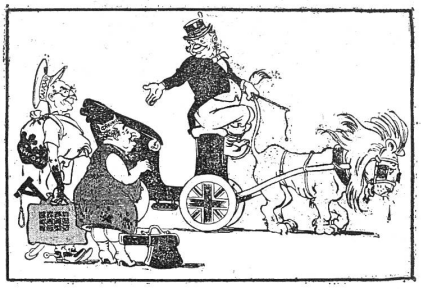
Der humanitäre Entschluss der USA, sich auf dem Wege privater Initiative auf den Handel einzulassen, *kann* sich auch politisch-taktisch rechtfertigen lassen. Dann, wenn Castros Erpressung nach Nazi-Muster auf der ganzen Welt mit ihren vielen kommunistischen Einflussgebieten als Verbrechen gebrandmarkt wird, das den menschenverachtenden totalitären Einparteiensystemen roter oder brauner Provenienz gemeinsam ist, ihren Grundsätzen entspricht. (Hätte die USA eine auch nur entfernt ähnliche Erpressung begangen, wären mit Sicherheit Hakenkreuze an viele ihrer Botschaften gemalt worden.)

Der Eichmann-Prozess wird von den Kommunisten nach allen Kanten gegen Bonn, gegen den ganzen Westen ausgeschlachtet. Im Westen ist als Reaktion auf den Prozess bestenfalls ein Erschrekken über die Vergangenheit, schlimmstenfalls die Gier nach Sensationen festzustellen. Hier ist eine Parallele zwischen den Regimen gegeben, die charakteristisch ist und überdies den Vorteil hätte, den Massen eingänglicher zu sein, als viele grundsätzliche Vergleiche. Der Traktoren-Menschenhandel ist unendlich viel schwerwiegender als der amerikanische U-2-Zwischenfall, den eine auf Hochtouren laufende kommunistische Propaganda ein Jahr lang den Köpfen systematisch einhämmerte.

Die westliche Meinungsbildung ist differenziert. Das ist Privileg und Charakteristikum eines freiheitlichen Systems. Aber sie muss der Weltgefahr des kommunistischen Totalitarismus gegenüber wirksamer werden. Wir zögern, eine Wahrheit über den Kommunismus ein paarmal zu wiederholen, aus lauter Angst, es könnte demagogisch wirken. Wir zögern nicht, vielfach wiederholte kommunistische Lügen aus lauter «Objektivität» agnostisch zu behandeln, den erbrachten Beweis der Unwahrheit genau so als parteiliche These zu betrachten wie die unwahre Behauptung selbst. (Wenn es bei uns freilich um «reale» Angelegenheiten geht, wie etwa Benzinzoll, dann ist unsere meinungsbildende Argumentation schon weniger differenziert.) Der Kommunismus, so wird häufig gesagt, ist eine zu ernste Sache, als dass man ihm mit propagandistischen Vereinfachungen begegnen dürfte. Der Satz hat seine Berechtigung, genau so aber sein Gegensatz: Der Kommunismus ist eine zu ernste Sache, als dass man ihm ohne propagandistische Vereinfachungen begegnen dürfte. Es kommt darauf an, wo, wann und bei wem.

Unser Leser R. F. schloss seinen Brief mit der Frage: «Wird man aus Schaden endlich klug?» Man wäre fast zur Antwort versucht: Entweder gar nicht, oder dann superklug.

Red. KB



Fuhrhalterei John Bull

überschrieb die «Iswestija» vom 3. Juni ihre Karikatur zu den «privaten Aeusserungen» Butlers über die wünschenswerte Aufnahme Spaniens und Portugals in die Nato und den nachfolgenden Besuch Lord Homes in Lissabon und Madrid.

«Nur aufgestiegen, meine Herren Diktatoren», bemerkt der britische Fuhrhalter zu Salazar (mit dem schmutzigen Angola-Gepäck) und Franco. «Ich führe Sie direkt zur Nato», heisst es im Kommentar.

Die kommunistische Presse benützt jede Gelegenheit, die westlichen Demokratien mit den «faschistischen Systemen» auf der iberischen Halbinsel zu identifizieren. Für den Westen stellt sich tatsächlich die Frage, ob eine Annäherung auch nur in bezug auf eine gemeinsame Verteidigungspolitik den Prestigeverlust lohnt, der sich bei den unentschlossenen Völkern der Entwicklungsgebiete ergibt. Gerade im Falle Portugals würde ein Zusammenspannen der Nato-Mächte mit Salazar in Afrika und Asien als Unterstützung der Lissaboner Kolonialpolitik verstanden. «Realpolitische Ueberlegungen» dürfen nicht dazu führen, Propaganda und Meinungsbeeinflussung als eine der grössten politischen Realitäten nicht wahrzunehmen.

Die kommunistische Kolonialmacht, die grösste und bedrohlichste der Welt, führt ihren Aggressionskrieg vor allem auf diesem Gebiet. Dort muss ihr auch begegnet werden.

Der Schnappschuss

Dass es in Zagreb einen «Jesuiten-Marktplatz» gibt und sich viele jugoslawische Strassennamen noch auf «bestimmte Ritter- und Mönchsorden» beziehen, beanstandet die Zeitung «Vjesnik u Sredu» in Zagreb. Solche Benennungen seien abzuschaffen und durch die Namen bekannter Kommunisten und Volkshelden zu ersetzen.

*

Geflickte Hosen als Schmugglerware: Laut der illustrierten sowjetischen Zeitschrift «Ogonjok» wurde ein Ausländer gebüsst, weil er während seines Aufenthaltes im Lande eigene abgetragene Kleider verkaufte, als sich ihm Interessenten aufdrängten. In Leningrad richtete ein Laborant bei sich zu Hause eine eigentliche Werkstatt zur Reparatur und Auffrischung getragener ausländischer Kleider ein und konnte in kurzer Zeit Waren im Werte von 100 000 Rubel verkaufen. Die Presse gibt zu, dass es sich dabei nicht um Einzelfälle handelte. Solchen Tendenzen, die sich statt nach der Planwirtschaft nach dem Gesetz von Nachfrage und Angebot richten, gilt ja nicht zuletzt die gegenwärtige propagandistische und strafrechtliche Kampagne gegen «asoziale Elemente». Im Uebrigen zeigen die Beispiele den noch lange nicht gedeckten Bedarf der Bevölkerung an primitivsten Konsumgütern.

*

Die Pensionierten in der Stadt Tschita haben sich verpflichtet, diese in eine Blumenstadt zu verwandeln. Sie pflanzen bei sich zu Hause die Blumen an und setzen sie dann in den öffentlichen Anlagen aus. Bald werden auf diese Weise Alleen, Parks und neue Grünanlagen entstehen («Sowjetskaja Rossija»). In der UdSSR werden die Pensionierten wirklich betreut!

*

Aus einem Brief an die Leipziger Volkszeitung: «Eine recht wichtige Aufgabe ist, in Grosslehna, einem Ort von 8000 Einwonern, die Wasserversorgung schnellstens in Ordnung zu bringen. Dort hat vor 16 Jahren unsere Arbeitermacht ein primitives Erbe in der Wasserversorgung — schlechte Brunnen — übernommen. In den vergangenen Jahren mussten einige Brunnen gesperrt werden, und so ist es üblich, dass einige Einwohner beim Nachbar Wasser holen. Ich zum Beispiel laufe fast einen Kilometer, um drei- bis viermal wöchentlich Wasser zu holen. Dies geht nun schon über ein Jahr.

*

Bulgarien nimmt in der albanisch-jugoslawischen Auseinandersetzung für Tirana Partei. Das Urteil im dortigen Spionageprozess wurde von der Presse als gerecht bezeichnet und das Tito-Regime der Einmischung in albanische Angelegenheiten beschuldigt. Andere Presseberichte illustrieren die gespannte Lage an der bulgarisch-jugoslawischen Grenze. So wurde ein Zivilist in einem Grenzdorf ausgezeichnet, weil er in letzter Zeit allein 17 «Diversanten und Volksfeinde» festgenommen habe.